

↓ **EMPFEHLUNGEN**

4

1 Corona bekämpfen ohne Friedenspolitik aufzugeben

Im Schatten der Pandemie nimmt die Gefahr zu, dass sich Gewaltkonflikte und humanitäre Notlagen verschärfen und neue Konflikte entstehen. Die EU und die Bundesregierung sollten ihre Anstrengungen in der Friedensförderung und Konfliktbewältigung intensivieren.

2 Europa muss Corona als Chance nutzen

Selten ist die Notwendigkeit internationaler Kooperation deutlicher hervorgetreten als in Zeiten der Corona-Pandemie. Für die EU, die droht, zwischen Großmachtrivalitäten und Partikularinteressen zerrieben zu werden, bietet dies die Chance, multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken.

3 Das EU-Krisenmanagement jetzt stärken

Zu lange war Corona-Bekämpfung Sache der nationalen Regierungen. Dabei verdeutlicht die Pandemie die Bedeutung internationaler Institutionen. Deutschland sollte die weltweiten Anti-Corona Maßnahmen der EU genauso unterstützen wie innereuropäische Hilfen.

4 Klimaschutz weiterhin priorisieren und friedensfördernd gestalten

Die Klimakrise darf nicht im Schatten der Corona-Pandemie links liegen gelassen werden. Auch unter den aktuellen Bedingungen müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die langfristigen negativen Folgen des Klimawandels für den Frieden und die menschliche Sicherheit abschwächen.

5 Keine bedingungslose Unterstützung autoritärer Regime

Die Bundesregierung setzt in vielen Ländern auf Regimestabilisierung. Stattdessen sollte sie ihre Hilfe an die Bedingung knüpfen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten gewährt werden. Dies ist angesichts zunehmender Repression im Zeichen der Corona-Pandemie umso dringlicher.

6 Fragile Gesellschaften massiv unterstützen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte die medizinische und soziale Infrastruktur in Krisenregionen, die von COVID-19 betroffen sind, unbürokratisch unterstützen. Wirtschaftspolitische Konditionalitäten durch den Internationalen Währungsfond und Umschuldungsmaßnahmen müssen gelockert werden.

7 Für den Schutz von Zivilisten sorgen

Die Bundesregierung sollte die Aussetzung humanitärer Maßnahmen zurücknehmen und mit europäischen Partnern dort diplomatische Offensiven ergreifen, wo die Pandemie zu humanitären Katastrophen führen könnte. Prioritär sind die Auflösung überfüllter Flüchtlingslager und eine Waffenruhe in Nordsyrien.

8 Stärkung der Defensive im Cyberraum

Die Bundesregierung sollte dafür werben, weltweit Cyberattacken gegen kritische Infrastruktur zu ächten. Die Stärkung der Cyber-Resilienz sollte im Fokus der deutschen Strategie stehen. Offensive Cyberaktivitäten sollten die absolute Ausnahme bleiben.

STELLUNGNAHME / Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa /

Die Corona-Pandemie hält die Welt 2020 in Atem. Sie verschlingt ungeahnte Ressourcen und hat weitreichende politische Interventionen in das gesellschaftliche Zusammenleben zur Folge. Gerade in fragilen Weltregionen drohen sozioökonomische Verwerfungen und politische Unruhen. Eine globale Pandemie braucht globales Handeln, in der Reichweite und im Design. Der EU kommt dafür besondere Verantwortung zu. Wenn die derzeitigen Krisen kooperativ bewältigt werden, bietet dies auch Chancen für die Welt „danach“. Im Schatten der Pandemie sind zugleich andere Friedensgefährdungen aus dem Blick geraten oder verschärfen sich. Auch diese müssen im Blick behalten und bekämpft werden.

Wir können im Frühjahr 2020 keine Analyse zum Zustand des Friedens in der Welt schreiben, ohne auf die Corona-Pandemie einzugehen. Die Wucht, mit der die Corona-Krise andere Themen beeinflusst und verdrängt, ist enorm. Das Virus, das zuerst in China auftauchte, hat sich schnell über den gesamten Globus verbreitet. Versuche der Eindämmung haben zu teils massiven Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten geführt. Social distancing wird zum neuen Modus des Zusammenlebens. Spekulationsgeschäfte auf fallende Kurse greifen um sich. Nationale Volkswirtschaften brechen nach und nach ein. Das sind erhebliche Stressfaktoren für den gesellschaftlichen und den internationalen Frieden.

In Europa richtet sich die Aufmerksamkeit in der Corona-Krise vorrangig auf Themen des innergesellschaftlichen Friedens und auf die Frage, wie solidarisch unsere Gesellschaften sind. Aber die Pandemie trifft andere Weltregionen genauso oder dramatischer – und auch sie gilt es in den Blick zu nehmen, wenn wir über Friedensgefährdungen nachdenken. Gerade in den ärmsten Ländern besteht die Gefahr, dass als Folge der nächsten Wellen

der Pandemie Gesundheitssysteme kollabieren, massive Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und sauberem Trinkwasser eintreten, aber auch staatliche Institutionen versagen und politische Unruhen sowie erhöhte Alltagsgewalt die Folge sind.

In den großen Konflikten der Gegenwart interessiert diejenigen das Virus nicht, die den Konflikt zu ihren Gunsten entscheiden wollen. Die Opfer in den Krisenregionen konzentrieren sich aufs unmittelbare Überleben – und sind dem Virus schutzlos ausgeliefert. In Idlib, im Jemen oder im Südsudan wird nicht getestet oder behandelt, nur weiterverbreitet und gestorben. Daher ist der Aufruf des VN-Generalsekretärs zu einem globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt die richtige Antwort. Der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, ohnehin eher Anspruch als Praxis, wird in Corona-Zeiten noch prekärer → **1**. Auch für Flüchtlinge verschärft sich die humanitäre Situation drastisch. Auf Lesbos wurden im März/April 2020 die Lager abgeriegelt, sodass der Zugang zu sozialen Hilfsangeboten und -projekten in einer Situation wegfiel, in der durch Überfüllung ohnehin Unruhen aufblühen konnten. Die EU setzte zugleich ihre humanitären Umsiedlungs-Programme aus. Generell schotteten sich die Staaten, die es konnten, noch mehr ab als zuvor.

Ein globaler Waffenstillstand ist die richtige Antwort in der Corona-Krise

Die immensen Ressourcen personeller, finanzieller, aber auch kognitiver Natur, die Gesellschaften zur Bewältigung der Corona-Krise mobilisieren, werfen einen langen Schatten, in dem andere Problemlagen und Gefährdungen des Friedens vernachlässigt werden oder sogar aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Dazu zählen der Klimawandel → **F**, der Zustand bürgerlicher Freiheiten in und außerhalb Europas → **2** oder die fortbestehenden Gefahren rechter Gewalt → **5**.

Doch nicht nur die Aufmerksamkeit für Themen wandelt sich im Schatten von Corona. Auch die Ebenen, auf denen Politik ausgehandelt und umgesetzt wird, verschieben sich ins Nationale – bis hin zum Isolationismus. Ausgerechnet der Kampf gegen ein Virus, das sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über den ganzen Globus verbreitet, wird vor allem mit den Mitteln nationaler Politik geführt. Geschlossene Grenzen, Alleingänge, Konkurrenz um Schutzkleidung, medizinische Instrumente, Medikamente und Impfstoffe – die Corona-Krise hat eine Tendenz verstärkt, die schon seit längerem zu beobachten war: Statt multilaterale Zusammenarbeit zu suchen, gehen Staaten allein vor.

Nationale Alleingänge statt multilateraler Zusammenarbeit im Kampf gegen COVID-19

Hinzu kommt, dass Regierungen auf der ganzen Welt im Kampf gegen das Virus grundlegende Freiheitsrechte einschränken. Dieser erhebliche Machtzuwachs der Exekutive darf nicht grenzenlos andauern. Auslaufklauseln sind erforderlich, wenn Demokratie und Bürgerrechte nicht dauerhafte Schäden davontragen sollen. Während in Deutschland und in anderen Ländern schon früh die Gefahren eines Ausnahmezustands dieser Tragweite diskutiert wurden, haben manche Regierungschefs wie etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Corona-Krise als Möglichkeit genutzt, demokratische Strukturen weiter zurückzubauen.

Das Friedensgutachten 2020 nimmt friedenspolitische Themen auf, die vor der Corona-Pandemie zentral waren und dies auch bleiben – selbst wenn sie nun in den Schatten der Krise geraten sind. Wir fordern, diese Themen nicht zu vernachlässigen: die Intensivierung des Klimaschutzes, den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, den richtigen Umgang mit Massenprotestbewegungen, eine auf Resilienz ausgerichtete Cyberstrategie, die Einhegung von Großmachtrivalitäten mittels internationaler Kooperationen sowie die Bekämpfung digitaler Hasskulturen. Corona kann für diese Felder friedenspolitischen Handelns beides sein: Krise, aber auch Chance. In welche Richtung sich das Pendel bewegt, ließ sich bei Redaktionsschluss für diese Stellungnahme (30. April 2020) noch nicht zuverlässig beurteilen.

Friedenspolitik darf trotz Corona-Pandemie nicht vernachlässigt werden

↳ **KLIMASCHUTZ WEITERHIN PRIORISIEREN UND FRIEDENSFÖRDERND GESTALTEN**

Der Klimawandel ist und bleibt eine große Herausforderung für den Frieden, da er in vielen Regionen die Lebensbedingungen beeinträchtigt, das Konfliktrisiko steigert und nachhaltige Friedenssicherung erschwert. Die nachweisbaren Auswirkungen des Klimawandels auf Gewaltkonflikte sind bisher aber begrenzt. Vereinfachende Annahmen, dass der Klimawandel notwendig zu mehr Gewalt und Krieg führe, sind nicht haltbar.

Unbestritten ist Klimawandel aber ein Stressfaktor und Risikomultiplikator in bereits konfliktträchtigen Situationen, der mit steigender Erwärmung zunimmt. Dies gilt insbesondere in Regionen, in denen bereits jetzt die Lebensbedingungen schlecht und institutionelle Strukturen fragil sind. Die Friedensgefährdungen des Klimawandels sind daher regional sehr ungleich verteilt. Friedenspolitische Vorsorge gegenüber Klimarisiken muss Unterschiede zwischen den Verursachern und den Geschädigten der Klimaveränderungen berücksichtigen.

Klimawandel: Stressfaktor in konfliktträchtigen Situationen

Traditionelle sicherheitspolitische Instrumente, insbesondere Rüstung und Militär, sind für die Bewältigung der Klimakrise ungeeignet, belasten selbst die Umwelt und stehen einer friedlichen Konfliktlösung im Weg. Gefordert sind Politiken und Instrumente, mit denen eine kooperative Bewältigung des Klimaproblems und eine nachhaltige Friedenssicherung erfolgen können. Insbesondere Maßnahmen an der Schnittstelle von Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik müssen abgestimmt werden. Frühwarnung, Krisenprävention und Analyse friedensrelevanter Auswirkungen des Klimawandels sollten gestärkt werden. Eine zivile Klimapolitik aus Emissionsvermeidung und Klimaanpassung muss konflikt sensitiv sein, um unbeabsichtigte negative Folgen zu vermeiden.

Klimapolitik muss konflikt sensitiv sein

Die Corona-Pandemie ist eine große Herausforderung für globale Bemühungen um den Klimaschutz. Aktuelle Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Verbreitung führten als Nebeneffekt zwar punktuell zu einer verbesserten Umweltbilanz, sind jedoch nicht nachhaltig. Der bereits wahrnehmbare Verlust an Aufmerksamkeit für globale Klimaschutzpolitik und eine

Veränderung politischer Prioritäten in der Folge der Corona-Pandemie werden möglicherweise die Pariser Klimaziele gefährden. Umso notwendiger ist es, auch unter den aktuellen Bedingungen Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die bereits absehbaren langfristigen negativen Folgen des Klimawandels für den Frieden abzuschwächen. Außerdem muss Klimaschutz neben Sozialpaketen integraler Bestandteil der Programme zum Wiederaufbau betroffener Ökonomien sein.

↘ **AUSGESETZTE HUMANITÄT IST INHUMAN: ZIVILISTEN SCHÜTZEN**

8

Die Corona-Pandemie verschärft die aktuelle globale Konfliktlage dramatisch, insbesondere im globalen Süden. Es ist zu befürchten, dass die Verbreitung von COVID-19 internationale Konflikte eskaliert, fragile Staaten weiter schwächt und vor allem die Lage der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und die Situation von Geflüchteten drastisch verschlechtert. Überall dort, wo viele Menschen auf engstem Raum und ohne ausreichende Hygiene zusammenleben, muss mit einer schnellen Ausbreitung des Virus, steigenden Opferzahlen und dem völligen Zusammenbruch einer ohnehin fragilen Ordnung gerechnet werden.

Zivilbevölkerung
in der Corona-Krise
schützen

In der gegenwärtigen Lage sind Deutschland und die EU-Staaten vor allem mit sich selbst beschäftigt. Humanitäre Initiativen, wie die geplante Aufnahme von Flüchtlingskindern, wurden gedrosselt. Gleichzeitig gehen die Konflikte, wie etwa der Bürgerkrieg in Syrien, unvermindert weiter. Nach massiven militärischen Angriffen im März 2020 auf zivile Einrichtungen in der Region Idlib drängten Flüchtende in das syrisch-türkische Grenzgebiet. Gleichzeitig erhöhte die Türkei den Flüchtlingsdruck auf Griechenland und damit die EU. Die Lage in den Flüchtlingslagern, den syrischen, den türkischen und denen auf den griechischen Ägäis-Inseln, verschärfte sich zusehends. Ein Ausbruch der Corona-Pandemie in diesen Lagern, etwa dem Lager Moria auf Lesbos, das für 3.000 Menschen vorgesehen war, aber im Frühjahr 2020 von rund 21.000 Menschen bewohnt wird, könnte sich zu einer humanitären Katastrophe entwickeln.

Die Europäer sollten vor allem die externen Kräfte im Syrienkonflikt – Russland, den Iran und die Türkei – zu einer Waffenruhe drängen, um die Lage um Idlib zu entspannen. Angesichts des auch hier erwarteten Ausbruchs der Krankheit ist entscheidend, zunächst die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe langfristig sicherzustellen, dann aber, gleichsam im Schatten von Corona, eine politische Lösung des Konflikts anzustreben. Ähnliches gilt für andere Konflikte wie etwa in Afghanistan, Somalia, im Kongo, im Jemen oder in Mali.

Externe Kräfte im
Syrienkonflikt zu
Waffenruhe drängen

Auch innerhalb der europäischen Grenzen bietet die Corona-Krise die Chance, mit starken und mutigen Entscheidungen ein humanitäres Zeichen zu setzen: Mithilfe massiver EU-Unterstützung für Griechenland sollten die völlig überfüllten Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln aufgelöst und die Flüchtlinge in sichere Unterkünfte auf dem Festland gebracht werden – mit Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und -diensten. Gleichzeitig sollten die

Flüchtlingslager in
Griechenland auflösen

Asylverfahren stark beschleunigt und anerkannte Flüchtlinge in aufnahmewillige EU-Staaten umgesiedelt werden. Das würde nicht nur der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen, sondern auch dem Selbstverständnis europäischer Politik. Denn „ausgesetzte“ Humanität ist schlicht inhuman.

↳ **SOZIALE PROTESTE: VON DER REPRESSION ZU NEUEN UNRUHEN?**

Massenprotestbewegungen sind ein globales Phänomen. Eine direkte Herausforderung für die internationale Politik sind Anti-Regime-Proteste, die sich gegen politische Systeme als Ganzes in Demokratien (z.B. Bolivien, Indonesien) und Autokratien (z.B. Algerien, der Sudan) richten. Die durch diese Proteste vorangetriebenen politischen Umbrüche können zum Aufbau einer freieren und gerechteren Gesellschaft führen, aber auch in politischer Instabilität oder Gewalt münden. Dies gilt insbesondere dann, wenn Regierung und Sicherheitsapparate mit unverhältnismäßiger Repression reagieren. Die Bundesregierung sollte während und vor allem nach dem Ende der Protestbewegungen eine proaktive Rolle bei Vermittlung und Dialog einnehmen.

Deutschland sollte proaktiv vermitteln und Dialog fördern zwischen Protestbewegungen und Regierungen

Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden staatlichen Restriktionen und sozialen wie ökonomischen Konsequenzen dürften die Zahl und Intensität von Protestbewegungen zunächst begrenzen. Im März 2020 zeigte sich, dass sich einige der Bewegungen von der Straße ins Internet oder auf die Balkone verlagerten (z.B. Proteste gegen die Monarchie in Spanien). Abzuwarten bleibt, welchen Einfluss diese Art von Protest auf das politische Geschehen ausüben kann. Mit zunehmender Dauer der Corona-Pandemie kann es jedoch sein, dass es auch zu Massenprotesten auf der Straße gegen die erlassenen Einschränkungen sowie gegen die ökonomischen und sozialen Auswirkungen kommt. Besonders dramatisch ist die Lage dort, wo Menschen zwangsweise auf engstem Raum zusammen sein müssen, etwa in Flüchtlingslagern, Slums und auch in Gefängnissen.

Eine weitere Auswirkung der Corona-Krise sind die gravierenden Eingriffe in die Grundrechte der Bürger, um die Verbreitung des Virus aufzuhalten. Während die Eingriffe in stabilen demokratischen Systemen mutmaßlich temporärer Natur sind, eröffnen sie anderen Regierungen die Möglichkeit, die eigene Macht zulasten demokratischer und individueller Freiheitsrechte systematisch zu stärken. Es ist daher ein erheblicher Rückgang der demokratischen Rechte weltweit zu befürchten, der über mehrere Jahre fortauern könnte. Die Bevölkerung wird sich gegen diese Eingriffe vermutlich erheben, wenn Regierungen ihre Gesellschaften nicht vor den gravierenden Auswirkungen des Virus schützen können. Ähnliches gilt im Falle wirtschaftlicher Verwerfungen, die vor allem besonders verwundbare Bevölkerungsschichten treffen dürften. Gerade in fragilen Staaten sind dann Massenproteste und letztlich sogar der Zusammenbruch von politischen Systemen möglich. Problematisch ist, dass der Bundesregierung momentan strategische Leitlinien fehlen, wie sie auf Protestbewegungen und die von ihnen ausgelösten politischen Umbrüche reagieren sollte.

Einschränkungen aufgrund von Corona gefährden demokratische Rechte weltweit

↘ **ZWISCHEN CYBERFRIEDEN UND CYBERKRIEG: RÜSTUNGSDYNAMIKEN**

10

Weltweit war 2019 eine kontinuierliche Steigerung der Militärausgaben zu konstatieren. Auch in Deutschland stiegen die Militärausgaben 2019 um 12 % auf 47,9 Mrd. €. Gleichzeitig genehmigte die Bundesregierung 2019 einen neuen Rekordwert an Rüstungsexporten in Höhe von mehr als acht Mrd. € – darunter an Länder, deren Menschenrechtssituation als sehr schlecht eingestuft wird bzw. die sich aktiv an Kriegen beteiligen. Zudem werden gegenwärtig die Weichen für eine Europäisierung der Rüstungsproduktion gestellt. Es besteht die Gefahr, dass hierdurch deutsche Rüstungsexportregelungen unterlaufen werden. Die Corona-Pandemie wird in den kommenden Jahren eine globale Wirtschaftsrezession auslösen. Ob eine Folge davon rückläufige Militärausgaben und Rüstungsexporte weltweit und in Deutschland sein werden, ist offen. Angesichts der enormen Mittel, die zur wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Krisenbewältigung erforderlich sind, ist der vorgesehene Aufwuchs der Militärausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Ausgaben für Militär und Rüstung müssen angesichts der Kosten der Krise auf den Prüfstand

Zugleich mehren sich seit Frühjahr 2020 die Anfragen an die Streitkräfte, neue zivile Betätigungsfelder zu übernehmen, etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur oder in der Gesundheitsfürsorge. Sollte sogar Amtshilfe in Form militärischer Unterstützung der Polizei beispielsweise bei Patrouillen angefordert werden, wird es wichtig sein, auch diese Maßnahmen über Auslaufklauseln zeitlich klar zu begrenzen. Die originäre Aufgabe des Militärs ist die Landesverteidigung im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme. Bei der Übernahme ziviler Aufgaben drohen Ineffizienz und eine Vermischung von militärischen mit nicht-militärischen Funktionen.

Die ambivalenten Effekte eines Hineinwirkens des Militärs in die zivile Sphäre untersucht das Friedensgutachten ausführlicher am Beispiel des Cyberraums. Viele Staaten verfügen über militärische Cybereinheiten. Konzepte der Abschreckung und Vorwärtsverteidigung gewinnen die Oberhand. In Abgrenzung dazu sollte die Bundesregierung vor allem die Resilienz der deutschen Cyberinfrastruktur stärken und nicht in den Aufbau präemptiver Kapazitäten investieren. Militärische Hackbacks sollten auf begründete Ausnahmefälle, die der Zustimmung des Bundestags bedürfen, beschränkt bleiben. Um einem Wettrüsten im Cyberraum entgegenzuwirken, muss die Bundesregierung grundlegende Normen bekräftigen und unter dem Dach der VN für die gemeinsame Erarbeitung von Regeln werben: Dazu gehören die Tabuisierung von Angriffen auf den Public Core des Internets sowie der Verzicht auf Cyberattacken gegen kritische zivile Infrastrukturen. Um die Logik einer Vorwärtsverteidigung im Cyberraum zu durchbrechen, sollte Deutschland für die Einrichtung eines transnationalen Attributionskomitees werben.

Deutschland soll sich für internationale Regulierung des Cyberraums einsetzen

↳ **LEHREN ZIEHEN AUS DER CORONA-KRISE: DIE MULTILATERALE ORDNUNG**

Die Corona-Pandemie hat bestehende Trends zu nationalen Alleingängen und zur Schwächung internationaler Kooperation verstärkt. Letzteres wird vor allem durch die Großmacht-rivalitäten zwischen China, Russland und den USA vorangetrieben. Verschärft wird diese Problematik durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas und in den USA, die generell skeptisch gegenüber internationaler Kooperation sind und die jeweiligen Regierungen davon abhalten, sich proaktiv für internationale Institutionen einzusetzen.

Corona-Pandemie wirft Schlaglicht auf die Krise internationaler Zusammenarbeit

 11

Die Corona-Pandemie wirft ein Schlaglicht auf diese Krise internationaler Institutionen. Dies lässt sich an den nationalen Alleingängen im Krisenmanagement aufzeigen, aber auch am fehlenden Willen, angemessen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO zu kooperieren. Beispiele sind die mangelnde Informationsbereitstellung durch China, die Androhung der Mittelzurückhaltung und die Schuldzuweisungen seitens der USA.

Die Krise kann aber auch zur Chance werden: In der gemeinsamen Krisenerfahrung wird Solidarität erlebt, und für die langfristige Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie werden grenzüberschreitende Programme und Maßnahmen notwendig sein. Für Europa kommt es jetzt darauf an, an dieser Gestaltung mitzuwirken. Dafür braucht es einen strategischen Diskurs über nicht hintergehbare Kernnormen und einen langen Atem. Auch China und Russland haben auf lange Sicht ein Interesse an einer stabilen internationalen Rechtsordnung und sind zur Bewältigung der Corona-Krise auf internationale Kooperation angewiesen. Chinas Wirtschaft profitiert von einem stabilen Freihandelsregime und klaren Rechtsvorgaben. Angesichts der Containment-Strategie der USA, aber eben auch infolge der immensen Kosten der Corona-Pandemie braucht China stabile Beziehungen mit der EU, die einer seiner wichtigsten Handelspartner ist. Russland kann nicht mit Chinas Wachstum und Dynamik mithalten, sodass ihm ebenfalls eine stabile internationale Ordnung entgegenkommt, die seine Interessen und Rechte schützt. Die EU kann und muss diese Chance nutzen, um ihre Vorstellungen 2020 in neue Impulse für Institutionen und Kooperationsprojekte umzumünzen, die für Post-Corona-Zeiten belastbare Entwicklungschancen und Grundrechtesschutz ermöglichen.

China und Russland in Bemühungen um internationale Kooperation einbeziehen

↳ **GRENZENLOSE HASSKULTUREN BEKÄMPFEN**

Bei vielen Herausforderungen, wie dem Umgang mit dem Klimawandel und der Corona-Pandemie, ist das transnationale Element offensichtlich. Deutlich weniger hervorgehoben wird die Transnationalität des Rechtsterrorismus und des Rechtsextremismus. Doch auch digitale Hasskulturen wirken über nationale Grenzen hinweg. Um ihre Dynamik zu brechen, müssen Staaten international kooperieren und rechtsfreie Räume schließen, in denen zur Militanz aufgerufen wird.

Wie sich die Corona-Krise auf die Entwicklung des Rechtsextremismus auswirkt, ist im Frühjahr 2020 zwar noch nicht absehbar. Doch lassen sich zumindest in Deutschland zwei Tendenzen identifizieren: Einerseits warnte der Verfassungsschutz davor, rechtsextreme Ideologen könnten versuchen, über Verschwörungstheorien Unterstützung zu mobilisieren und Migranten als vermeintliche Infektionsträger zu Sündenböcken in der Krise zu machen. Andererseits bietet die bislang umsichtige Politik der „etablierten“ Parteien eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit, bei Teilen der Bevölkerung verlorenes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen wiederzugewinnen.

12

Die Entwicklungen rechter Gewalt in den vergangenen Jahren sind nicht ohne die gezielte Nutzung der sozialen Medien durch die extreme Rechte zu verstehen. Auch wenn es weltweit einen abnehmenden Trend terroristischer Anschläge und ihrer Opfer gibt, sind die Zahlen noch immer hoch. Besorgniserregend ist, dass sich in den vergangenen Jahren die Zahl opferreicher terroristischer Angriffe durch rechtsextreme Täter deutlich erhöht hat. Auch wenn solche Taten von operativen Einzeltätern begangen werden, finden sie im Kontext sprachlicher Verhöhnung, Delegitimierung und offener Feindschaft gegenüber Minderheiten, „Eliten“, „Altparteien“ und demokratischen Verfahren statt.

Aufstieg rechter Gewalt beruht auch auf gezielter Nutzung der sozialen Medien durch die extreme Rechte

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rechtsterrorismus und des ihm zugrundeliegenden Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Maßnahmen zur Demokratieförderung auf kommunaler, Länder- und Bundesebene müssen hierbei zusammenwirken. Schulen, Kommunalparlamenten, Vereinen und Verbänden müssen mehr Mittel an die Hand gegeben werden, damit sie eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus führen und ausreichende Aufklärungs- und Fürsorgeangebote zur Verfügung stellen können.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Corona-Pandemie ist 2020 das bestimmende Thema. Dennoch müssen andere globale Gefahren für den Frieden auf der politischen Agenda bleiben. Nicht nur die Pandemie selbst und ihre ökonomischen, sozialen und politischen Effekte gefährden menschliche Sicherheit und Frieden; in ihrem Schatten verschärfen sich zudem andere Friedensgefährdungen.

Die Corona-Pandemie muss aber nicht nur als Krise für das globale Ringen um den Frieden betrachtet werden, sie kann auch eine Chance sein für einen Neustart vieler Bemühungen, den Frieden zu stärken. Im Frühjahr 2020 sind nationale Alleingänge die Regel; doch schon jetzt und mit guten Gründen werden die Rufe nach europäisch und global konzertierten Aktionen immer lauter. Dazu zählen beispielsweise die Kooperation in der Produktion und Weitergabe von Schutzutensilien, in der Medikamentenerprobung und in der Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie.

COVID-19 wird alle Länder treffen, wenngleich unterschiedlich hart. Um Verwerfungen zu begrenzen, die Weltwirtschaft wieder anzukurbeln, Volkswirtschaften zu stützen und politische Folgen abzumildern, braucht es internationale Zusammenarbeit. Diese Option ist nicht aussichtslos, denn globale Krisenerfahrungen erzeugen auch globale Solidaritätserfahrungen, die helfen können, Kooperation zu stiften. Europa drohte in den vergangenen Jahren zwischen der Rivalität der Großmächte zerrieben zu werden. Doch die aktuelle Krise könnte die Stunde der Europäer sein. Nach dem Rückzug auf die nationale Ebene im Frühjahr 2020 ist nun europäische Solidarität gefordert. Sie wird sich nicht zuletzt in massiver wirtschaftlicher Unterstützung für diejenigen EU-Länder ausdrücken müssen, denen aufgrund der Corona-Krise die Zahlungsunfähigkeit droht. Darum sollte die Bundesregierung die Bemühungen der EU-Kommission um ein Corona-Konjunkturpaket unterstützen.

Spätestens aber mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie in armen und verwundbaren Weltregionen wird sich zeigen, ob Europa auch zu globaler Solidarität und Visionen in der Lage ist. Dazu wird es wichtig sein, die Entwicklungsetats nicht zurückzubauen, sondern gezielt einzusetzen und zu stärken, um einem Zusammenbruch medizinischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Infrastrukturen entgegenzuwirken. Die Resilienz von Krisenregionen wird dabei in den Vordergrund rücken. Mittel- und langfristig wird diese nur erhöht werden können, wenn insbesondere Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt und ausgebaut werden. Aber auch darüber hinaus sind Investitionen in gerechte und nachhaltige Gesellschaften entlang der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) notwendig, um für zukünftige Krisen besser gerüstet zu sein. Schließlich gibt es in den derzeitigen Gewaltkonflikten einen akuten Bedarf an Vermittlungsinitiativen, um aus humanitären Gründen zumindest eine „Atempause“ zu ermöglichen.

Dr. Claudia Baumgart-Ochse

HSEK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase

HSEK - Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

HSEK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Center for Conversion

Prof. Dr. Ursula Schröder

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

↓ RECOMMENDATIONS

14

- 1 Combating coronavirus without abandoning the pursuit of peace** In the shadow of the pandemic, there is a growing danger that violent conflicts and humanitarian emergencies could escalate, and new conflicts emerge. The EU and the German government should intensify their efforts at promoting peace and managing conflicts.
- 2 Europe must grasp the opportunities provided by the pandemic** Rarely has the need for international cooperation been clearer than in the coronavirus pandemic. For the EU, which threatens to be crushed between great power rivalries and self-serving interests, the crisis provides an opportunity to strengthen multilateral cooperation.
- 3 Strengthen EU crisis management capabilities immediately** National governments have been left to deal with COVID-19 for too long. Yet the pandemic reveals just how vital international institutions are. Germany should support both the EU's efforts to combat the virus worldwide and assistance for European states.
- 4 Continue to prioritize climate action while shaping it to promote peace** The climate emergency must not be forgotten about in the throes of the coronavirus pandemic. Even under the present circumstances, measures need to be taken to ameliorate the long-term negative consequences of climate change on peace and human security.
- 5 No unconditional support for authoritarian regimes** The German government supports regime stabilization in many countries. Germany should rather make its support conditional on the easing of restrictions on civil society. This is all the more urgent in view of the increase in repression we have seen during the coronavirus pandemic.
- 6 Provide large-scale support to fragile societies** German development cooperation should provide support for medical and social infrastructure in crisis regions affected by COVID-19 and should do so without excessive bureaucracy. Economic conditionalities imposed by the International Monetary Fund and debt restructuring measures need to be relaxed.
- 7 Take responsibility for the protection of civilians** The German government should reverse the suspension of humanitarian measures and work with European partners on diplomatic initiatives where the pandemic threatens to cause a humanitarian catastrophe. The priorities should be the closure of overcrowded refugee camps and a ceasefire in northern Syria.
- 8 Strengthen defensive cybersecurity** The German government should lobby for a global prohibition of cyberattacks on critical infrastructure. Germany's own strategy should focus on strengthening cyber resilience. Offensive cyber activities should remain the absolute exception.

STATEMENT /

In the Shadow of the Pandemic: Europe's Last Chance /

The 2020 coronavirus pandemic is keeping the world in suspense. It is consuming vast quantities of resources and has led to sweeping political interventions in the life of societies. Especially in fragile regions of the world, there is a danger of socio-economic turmoil and political unrest. A global pandemic requires a global response – in terms of both geography and design. The EU has a particular responsibility here. If the current crisis can be dealt with via cooperative means, this also creates opportunities for the post-corona world. In the shadow of the pandemic, it is also all too easy for other threats to peace to fall off the radar or run out of control. They, too, have to be kept in view and dealt with.

We cannot write an analysis of the state of peace in the world in spring 2020 without mentioning the coronavirus pandemic. The force with which the COVID-19 crisis impacts and suppresses other issues is overwhelming. The virus, which first emerged in China, has spread rapidly across the whole globe. Efforts to hinder its progress have entailed a huge curtailment of civil liberties. Social distancing has become the new form of coexistence. Speculation on falling prices is rampant. National economies are gradually collapsing. This all places a considerable amount of stress on peace – both domestically and internationally.

In Europe, attention during the coronavirus crisis has mostly focused on issues of peace within our societies and on the question of how strong our sense of solidarity actually is. But the pandemic affects other regions of the world just as or even more dramatically – and we need to keep them in mind, too, when we think about threats to peace. Particularly in the poorest countries, there is a danger that the next wave of the pandemic will see health systems collapse and drastic shortages emerge in the supply of food, medicine and clean drinking water, while state institutions could fail, leading to political unrest and an increased risk of everyday violence.

In the major conflicts of the present time, those who are seeking to gain an advantage are not concerned with the virus. The victims in the crisis regions are focused on the immediate task of surviving – and are completely at the virus's mercy. In Idlib, in Yemen and in South Sudan, there are no tests and no treatment, just infection and death. That is why the UN Secretary-General's call for a global ceasefire is the right response.

The protection of civilians in armed conflict, which is in any case more theory than practice, has become even more precarious in the time of coronavirus → **1**. The humanitarian situation of refugees is also deteriorating rapidly. In March and April 2020, the camps on Lesbos were sealed off, cutting off access to aid supplies and projects in a situation where overcrowding was already capable of causing unrest. At the same time, the EU suspended its humanitarian resettlement program. In general, states that could, closed themselves off more than before.

The enormous resources – human, financial, but also cognitive – that societies are mobilizing to manage the coronavirus crisis cast a long shadow in which other problematic situations and threats to peace are increasingly neglected or vanish completely from public perception. This includes climate change → **F**, the state of civil liberties both inside and outside Europe → **2** and the ongoing danger of far-right violence → **5**.

But it is not only awareness of such issues that is changing in the shadow of COVID-19. The level at which political decisions are made and enacted is also shifting towards the nation state – even as far as isolationism. It is deeply ironic that the fight against a virus capable of such rapid global spread is being carried out above all using national political means. Closed borders, unilateralism, competition over PPE, medical equipment, pharmaceuticals and vaccines – the coronavirus crisis has strengthened a tendency that has been evident for some time: instead of seeking multilateral cooperation, states are going it alone.

National unilateralism instead of multilateral cooperation in the fight against COVID-19

Over and above that, governments around the world are placing restrictions on fundamental rights and freedoms. This significant growth in executive power cannot continue without limits. Sunset provisions are needed if democracy and civil rights are to avoid taking permanent damage. While a number of countries, including Germany, did discuss the dangers of a state of emergency of this scope at an early stage, several heads of government, such as the Hungarian prime minister, Viktor Orbán, have used the crisis as an opportunity to continue their attacks on democracy.

The Peace Report 2020 continues to be concerned with peace-related matters that were central before the start of the coronavirus pandemic and which remain so – even if they are now overshadowed by the crisis.

The coronavirus pandemic cannot be an excuse to neglect the pursuit of peace

These topics should not be neglected: taking further measures to protect the climate, protecting civilians in armed conflicts, appropriate responses to mass protest movements, a cybersecurity strategy that focuses on resilience, tempering great power rivalries by means of multilateral cooperation, and combating online cultures of hatred. For these areas of peace policy, the coronavirus may be a crisis, but it can also be an opportunity. How the pendulum will ultimately swing could not be determined with any reliability by the editorial deadline (30 April 2020).

✦ **KEEP CLIMATE ACTION A PRIORITY AND USE IT TO PROMOTE PEACE**

17

Climate change remains a major challenge for peace. It undermines the ability of people in many regions to make a living, increasing the risk of conflict and hampering the search for long-term peacebuilding. Yet the demonstrable effects of climate change on violent conflicts so far are limited. Simplified assumptions that climate change inevitably leads to more violence and war are unsustainable.

Climate change as a stress factor in conflict situations

What is not disputed is that climate change is a stress factor and risk multiplier in existing conflict situations, and that this increases with the level of global warming. This is particularly the case in regions where life is already hard and institutions fragile. The risks to peace of climate change are thus distributed very unequally among the world's regions. Preventive measures that seek to promote peace in the face of climate risks therefore need to distinguish between those who cause climate change and those who suffer as a result of it.

Traditional security policy instruments – things like arms and the military – are no use in combating the climate emergency. They are themselves harmful to the environment, and they stand in the way of peaceful conflict resolution. There is a need for policies and instruments that can help to generate a cooperative approach to the climate problem while maintaining a durable peace. We need, above all, to agree on measures that draw together climate and development policy and the pursuit of peace. Efforts in early warning, crisis prevention and analysis of the effects of climate change on peace should be strengthened. Civilian climate policy, consisting of emissions reduction and mitigation efforts, needs to be conflict sensitive in order to avoid unintentional negative consequences.

Climate policy needs to be conflict sensitive

The coronavirus pandemic is a major challenge for global efforts to protect the climate. While current measures to restrict the spread of the virus have had the side-effect of benefiting the climate in small ways, they are not sustainable. The already perceptible decline in focus on global climate policy and the change of political priorities in the wake of the coronavirus pandemic might even endanger the goals of the Paris Agreement. It is therefore all the more necessary to maintain measures under the current conditions that ameliorate the already foreseeable negative consequences of climate change for peace. Furthermore, alongside social measures, climate change also needs to be an integral part of programs for the rebuilding of affected economies.

↳ SUSPENDING HUMANITARIANISM IS INHUMAN: PROTECT CIVILIANS

The coronavirus pandemic is exacerbating existing conflicts worldwide, particularly in the Global South. There is a danger that the spread of COVID-19 could lead to the intensification of international conflicts, further weaken fragile states and, above all, lead to a drastic deterioration in the conditions faced by civilians in warzones and by refugees. Wherever large numbers of people are forced to live in confined areas without adequate sanitation, the virus is likely to spread rapidly, the number of victims will rise, and infrastructures that are already stretched thin may collapse completely.

Protect the civilian population in the coronavirus crisis

18

As things stand, Germany and the other EU states are concerned mostly with themselves. Humanitarian initiatives such as the planned intake of child refugees have been shelved for the time being. Yet conflicts such as the civil war in Syria continue unabated. Following concentrated military attacks on the civilian infrastructure in Idlib in March 2020, refugees flooded into the Syrian-Turkish border region. At the same time, Turkey increased the pressure of its threats to allow refugees into Greece and hence the EU. The situation in the refugee camps, in Syria, Turkey, and the Greek Aegean islands deteriorated visibly. An outbreak of coronavirus in these camps, including the Moria camp on Lesbos, which was planned to hold 3,000 people but was home to 21,000 in early 2020, could be a humanitarian catastrophe.

Urge external powers in the Syria conflict to adopt a ceasefire

Europe should focus on urging the external powers involved in the Syria conflict – Russia, Iran, and Turkey – to conclude a ceasefire that would relieve the situation around Idlib. Given the likelihood of a COVID-19 outbreak in the area it is vital first to ensure the long-term provision of cross-border humanitarian assistance and then to use the threat of coronavirus to seek to bring about a political resolution to the conflict. Similar approaches should be taken with regard to other conflicts, such as in Afghanistan, Somalia, Congo, Yemen, and Mali.

The coronavirus crisis also provides an opportunity to take resolute and brave decisions in the name of humanitarianism within Europe's borders: The provision of large-scale EU assistance to Greece would allow the evacuation of completely overcrowded refugee camps on the Greek islands and the refugees to be brought to safe accommodation on the mainland – with access to healthcare facilities and medical services. At the same time, asylum processing should be rapidly accelerated, and recognized refugees resettled in other EU states. That would not only fulfil the requirements of the Geneva Refugee Convention but would also be in line with Europe's self-professed political values. After all, "suspended" humanitarianism is simply inhuman.

Evacuate the refugee camps in Greece

↳ **PROTEST MOVEMENTS: FROM REPRESSION TO NEW UNREST?**

Mass protest movements are a global phenomenon. Anti-regime protests that target entire political systems are of immediate concern to international politics, whether they occur in democracies (e.g. Bolivia, Indonesia) or autocracies (e.g. Algeria, Sudan). The political upheavals caused by these protests can lead to the construction of more free and just societies, but also to political instability or violence. This is particularly the case when governments and the security apparatus react with disproportionate repressive means. During and above all after mass protests, the German government should take a proactive role in mediation and dialogue.

Germany should mediate proactively and encourage dialogue between protest movements and governments

The state-imposed restrictions of the coronavirus pandemic and their social and economic consequences are likely to limit the number and intensity of protest movements in the short-term. Already in March 2020, a number of movements had moved from the streets to the internet or balconies (e.g. the anti-monarchy protests in Spain). It remains to be seen what influence this kind of protest can exercise on politics. As the pandemic drags on, however, we may see mass street protests against the restrictions that have been enacted and their economic and social consequences. The situation is especially dramatic wherever people are forced to coexist in close quarters, such as in refugee camps, slums, and prisons.

A further consequence of the pandemic are curtailments in the fundamental rights of citizens that are being imposed to combat the spread of the virus. While these infringements are assumed to be temporary in stable democracies, they create an opportunity for other governments to systematically strengthen their own hold on power at the expense of democratic rights and individual liberties. Significant curtailments of democratic rights should therefore be expected worldwide, and these could continue for years. People are likely to rise up against such curtailments when governments prove unable to protect them from the serious consequences of the virus. The same is true of the economic disruption that is likely to hit the most vulnerable population groups the hardest. Particularly in fragile states, mass protests and even the collapse of political systems are conceivable. It is concerning that the German government currently has no strategic guidelines for how to react to mass movements and the political turmoil they generate.

↳ **BETWEEN CYBERPEACE AND CYBERWAR: ARMS DYNAMICS**

Globally, military expenditure rose continually during 2019. In Germany, too, spending on arms rose by twelve percent to 47.9 billion euros. Over the same period, the Federal Government approved record arms exports worth more than eight billion euros – some to countries with very poor human rights records or which are actively involved in wars. At the same time, steps were taken to Europeanize arms production. There is a danger that this may lead to German arms export regulations being circumvented.

In the coming years, the coronavirus pandemic will create a global economic recession. Whether one consequence of this will be a decline in military expenditure and arms exports – both globally and in Germany specifically – remains to be seen. But given the enormous resources needed for economic, social, and medical crisis management, plans to expand military spending should be subject to review.

Military and arms spending need to be reviewed given the cost of the crisis

20

Meanwhile, Germany's armed forces are facing a growing volume of requests to assume responsibility for civil activities, such as the protection of crucial infrastructure or in the provision of medical care. If, for instance, the military were to be asked to officially support the police, perhaps in carrying out patrols, it would be important to ensure that the legislative basis for such measures included sunset provisions. The primary task of the military is national defense in the context of systems of collective security. When the military assumes civil tasks, there is a danger of both inefficiency and the confusion of military and non-military functions.

The Peace Report examines the ambivalent effects of the involvement of the military in the civilian sphere thoroughly in the context of cybersecurity. Many states support military cyber forces. The dominant strategies are currently focused on deterrence and forward defense. By contrast, the German government seeks above all to strengthen the resilience of Germany's digital infrastructure and to avoid investing in the development of pre-emptive capacities. Military hackbacks should be restricted to exceptional circumstances and require the approval of the Bundestag. To avoid a digital arms race, the Federal Government should strengthen fundamental norms and appeal for the collective development of rules in the UN framework: This should include a strong moral prohibition on attacks on the public core of the internet and a renunciation of attacks on public infrastructure. In order to counter the logic of forward defense in the cyber sphere, Germany should lobby for the establishment of a transnational attribution committee.

Germany should work for international regulation of the cyber sphere

↳ LESSONS FROM THE PANDEMIC: THE MULTILATERAL WORLD ORDER

The coronavirus pandemic has intensified existing trends toward national unilateralism and the weakening of international cooperation. The latter, in particular, has been driven by great power rivalries between China, Russia and the USA. These problems have been exacerbated by the rise of right-wing populist parties in many European countries and in the USA. These political forces are generally skeptical towards international cooperation and work to stop the governments of their countries from working proactively on behalf of international institutions.

The COVID-19 pandemic shines a light on the crisis of international cooperation

The coronavirus pandemic shines a bright light on the crisis of international institutions. This can be seen in the unilateralism of national crisis management efforts, but also in the lack of willingness to cooperate effectively with the WHO. Examples of the latter include China's failure to provide information and threats to withdraw funding and accusations on the part of the USA.

The crisis can, however, also be an opportunity: coming together to tackle the coronavirus creates an experience of solidarity and dealing with the economic and social consequences of the pandemic will require international efforts and measures. It is important at this point to make sure that Europe is involved in shaping this response. To enable this, there has to be a strategic discourse about unalienable core values as well as a great deal of patience. In the long term, China and Russia also have an interest in a stable international legal order and are similarly reliant on international cooperation in dealing with the challenge of the coronavirus. China's economy profits from a stable free-trade regime and legal clarity. In view of the USA's containment strategy, but also because of the enormous expense of the coronavirus pandemic, China needs stable relations with the EU, which is one of its most important trading partners. And because Russia cannot keep up with China's growth and dynamism, Moscow also favors a stable international order that will protect its interests and rights. The EU can and must use this opportunity in 2020 to transform its visions into new impulses for institutions and cooperation projects that will create opportunities for resilient development and the protection of fundamental values in the post-coronavirus world.

[Integrate China and Russia in international cooperation efforts](#)

↘ **NO BORDERS WHEN FIGHTING CULTURES OF HATRED**

In the case of many challenges, including climate change and the coronavirus pandemic, the transnational element is obvious. The transnational nature of right-wing terrorism and extremism is mentioned less often. Yet digital cultures of hatred also transcend national frontiers. Cooperation between states is necessary to disrupt their growth, eliminating the lawless zones where calls for militancy are propagated.

In spring 2020, the effect of the coronavirus pandemic on the development of right-wing terrorism cannot be predicted with any reliability. Yet at least in Germany, two tendencies can be identified: on the one hand, the Office for the Protection of the Constitution has warned that far-right ideologues could use conspiracy theories to mobilize support and make migrants into scapegoats for allegedly spreading the infection. At the same time, the policies of the "established" parties, which have been relatively prudent so far, offer an opportunity to win back lost trust in the effectiveness of democratic institutions from sections of the population.

The growth of far-right violence in recent years cannot be understood without considering the targeted use of social media by extreme-right groups. Although the number of terrorist attacks and the number of victims are falling worldwide, they remain high. It is particularly troubling that there has been a sharp rise in attacks by right-wing extremists with large numbers of victims in recent years. Even when such acts are committed by so-called “lone-wolves”, they occur in a context of discursive coarsening, delegitimization, and open hostility towards minorities, “elites”, “traditional parties” and democratic processes.

The growth of right-wing violence relies upon the targeted use of social media by right-wing extremists

22

Combating right-wing extremism, far-right terrorism, and the racism that underlies them is a concern for the whole of society. Efforts to promote democracy at local, state, and national level need to work together on this front. The resources provided to schools, local authorities, clubs and civil-society organizations must be expanded so that they can tackle right-wing extremism effectively and provide all the necessary tools to their communities – from information to pastoral care.

CONCLUSION

The coronavirus pandemic is the defining issue of 2020. Nonetheless, other global dangers to peace need to stay on the political agenda. Not only the pandemic itself and its economic, social, and political consequences endanger human security and peace; in its shadow, other dangers to peace are intensifying.

Yet the coronavirus pandemic need not only be regarded as a crisis for the global peace effort. It can also be viewed as an opportunity to revive many efforts to strengthen peace. In early 2020, national unilateralism is the rule: yet already and with good reason, calls for concerted European and global responses are growing louder. These include, for instance, cooperation on the production and distribution of protective equipment, in medical testing and in managing the economic and social consequences of the pandemic.

COVID-19 will affect every country, albeit with varying levels of severity. International cooperation is necessary to limit disruption, stimulate the global economy, and ameliorate the political consequences. This is not a hopeless cause, as the experience of global crisis generates the experience of global solidarity, which can help to produce cooperation. In recent years, Europe has faced the threat of being crushed between great-power rivalries. But the current crisis could be Europe's hour to shine. After the retreat to the national level in spring 2020, now is the time for European solidarity. This will certainly need to include

massive economic support for the EU states that are threatened by insolvency as a result of the coronavirus crisis. The German government should therefore support the efforts of the European Commission in this regard.

At the very latest, however, when the effects of the coronavirus pandemic in poor and vulnerable regions of the world become evident, it will be clear whether Europe is capable of global solidarity and a global vision. In this regard, it is essential that European development budgets are not reduced, but rather expanded and directed to inhibit the collapse of medical, social, economic, and political infrastructures. The resilience of crisis regions will be a particular priority. Increasing it in the medium- and long-term will rely especially on the systematic implementation and expansion of efforts to protect the climate. And beyond this, investment in just and sustainable societies along all the UN's Sustainable Development Goals (SDGs) is necessary to ensure a higher degree of preparedness for future crises. Finally, with regard to the violent conflicts that are currently ongoing, there is an acute need for mediation initiatives that can provide at least "breathing space" for humanitarian purposes.

Dr. Claudia Baumgart-Ochse
PRIF – Peace Research Institute Frankfurt

Prof. Dr. Christopher Daase
PRIF– Peace Research Institute Frankfurt

Prof. Dr. Tobias Debiel
INEF – Institute for Development and Peace, Duisburg

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
PRIF– Peace Research Institute Frankfurt

Prof. Dr. Conrad Schetter
BICC - Bonn International Center for Conversion

Prof. Dr. Ursula Schröder
IFSH - Institute for Peace Research and Security Policy
at the University of Hamburg